

Interview

„Konzeptionslose Entwicklung“

Der Pädagoge und ehemalige Leiter der Riedlinger Förderschule Dr. Franz Schrodi zur Entwicklung bei Sonderschulen und zur Inklusion

RIEDLINGEN/REGION (uno) - Wie sieht die Zukunft von Förderschulen aus? Weil auch Kinder mit einem erhöhten Förderbedarf im Rahmen der sogenannten Inklusion verstärkt in Regelschulen aufgenommen werden, bangen Förderschulen um ihre Existenz. Wir haben mit Dr. Franz Schrodi über die Entwicklung bei den Schulen mit Blick auf die Inklusion gesprochen. Schrodi war lange Jahre Leiter der Riedlinger Förderschule. Seit einem Jahr ist er im Ruhestand und betrachtet die Schulentwicklung nun mit dem Blick von außen.

Herr Dr. Schrodi, die Förderschulen (FÖS) sind im Wandel. Die Inklusion an der Regelschule wird forciert, FÖS werden zu Beratungszentren. Müssen Förderschulen um ihre Existenz bangen? Nein, die Schülerzahlen steigen mehr denn je. Trotz der Möglichkeit der Inklusion ist an den meisten Förderschulen die Schülerzahl stabil geblieben oder sogar gestiegen. In Riedlingen sind es 13 Erstklässler. In den anderen Klassen sind es acht Neuaufnahmen. Zahlen, die für sich sprechen.

Dennoch: Förderschullehrer sind im Zuge der Inklusion immer häufiger nicht an der eigenen Schule, sondern als „Berater“ in anderen Schulen tätig. Wie bewerten Sie diese Entwicklung?

Diese Entwicklung ist mehr als kritisch zu sehen. Sie entspringt keinem klaren Konzept, sondern eher einer Not- bzw. Scheinlösung, die einer sinnvollen und nachhaltigen Planung nicht würdig ist. Für die Förderschulen bedeutet dies eine entscheidende Schwächung und für die Regelschule keine wirkliche Hilfe. Man muss sich vorstellen, dass oft für ein einzelnes Kind in der Regelschule einer ganzen Förderschulklasse die Stunden entzogen werden. Gruppenlösungen werden wohl angestrebt, sind aber selbst mehr als fragwürdig angesichts der Problematiken der zu unterstützenden Kinder.

Dennoch: Inklusion wird ein immer wichtigeres Thema. Eine Beschulung von Kindern mit sonderpädagogischem Förderbedarf an Regelschulen muss als Chance für



Wie gehen die Themen Inklusion und Förderschulen künftig zusammen? Dr. Franz Schrodi kritisiert den bisherigen Weg.

FOTO: PATRICK SEEGER

einzelne, dafür geeignete Kinder und nicht als Ideologie begriffen werden. Den Begriff Inklusion halte ich in diesem Zusammenhang grundsätzlich für unglücklich, weil für eine Integration von Menschen mit Behinderungen sehr viel mehr notwendig ist, als eine gemeinsame Beschulung. Das Umdenken in den Köpfen findet dadurch noch lange nicht statt. Die Akzeptanz von Andersartigkeit in unserer Gesellschaft stellt immer eine Herausforderung dar, besonders im Hinblick auf unsere Leistungsgesellschaft.

Aber ein Schulbesuch in der Regelschule kann vielleicht sogar stärker zur Teilhabe an der Gesellschaft beitragen als in der Förderschule?

Der Begriff der inklusiven Beschulung impliziert, dass ein Besuch solcher Kinder in der Förderschule eine Inklusion in der Gesellschaft ausschließen würde, was natürlich gar nicht stimmt. Es kommt immer auf das WIE an. Eine simple Schwarz-Weiß-Sichtweise ist ein Schlag ins Gesicht jedes engagierten und erfahrenen Sonderschullehrers. Das Etikett allein garantiert nicht das Erreichen des Ziels. Die Komplexität einer Integration von Behinderten in die Gesellschaft würde damit folgenreich unterschätzt. Die Chance, dass Kinder mit besonderem Förderbedarf an Regelschulen unterrichtet werden, macht nur dann Sinn, wenn diese Kinder ausreichend und fachkompetent gefördert werden. Derzeit ist dies nach meiner Kenntnis im Schulamtsbezirk Biberach bei vielen inklusiv beschulten Kindern nicht gewährleistet. Jeder halbwegs interessierte Laie kann sich ausrechnen, dass zwei bis drei Schulstunden pro Woche Unterstützung durch einen Sonderschullehrer bei Weitem nicht ausreichen. Wir haben die Pflicht und Verantwortung betroffene Eltern über derzeitige Inklusionsbedingungen besser zu informieren. Derzeit ist die Inklusion in vielen Fällen eine Mogelpackung, wodurch sich misslungene Inklusionsfälle häufen, sprich: So schadet die Inklusion den Kindern sogar.

Inwiefern schaden?

Das Kind muss jetzt ja leider oft erst in den Brunnen fallen. Mir sind mehrfach Fälle bekannt, bei denen Kinder aus der Inklusion wieder an Förderschulen zurückkehrten. Auch schwächere Schulanfänger, die erst die Regelschule besuchen, scheitern oft, obwohl das vorher absehbar war. För-

derschullehrer müssen dann mühevoll inzwischen misserfolgsorientierte Kinder in ihrer Persönlichkeit und ihrem Selbstwert wieder aufbauen und Lernmotivation anbahnen. Der umgekehrte Weg: Aufbauen, nötige Grundlagen schaffen, Selbstwert stärken, dann eventuell rückschulen wäre hilfreicher. Die inklusive Beschulung wurde tatsächlich stark forciert. Das hat verschiedene Gründe. Man glaubte wohl

Inklusion würde über kurz oder lang über Förderschulen ersetzen. Somit wäre der Bedarf an Lehrern geringer gewesen, als wenn man beide Möglichkeiten wertfrei angeboten hätte. Es stecken also ganz

schlicht und ernüchternd Sparmaßnahmen hinter dem Konzept und leider nicht in erster Linie das Wohl des Kindes. Zumindest nicht Betroffene waren überzeugt, dass Eltern selbstverständlich die Inklusion favorisieren würden. Der Wunsch nach Inklusion ist laut neuesten Studien aber weit weniger ausgeprägt als erwartet. Dies musste auch Dr. Nitsche feststellen als er der SZ gegenüber am 9. September 2015 äußerte: Trotz der Gesetzesänderung ... wünschen zwei Drittel der Eltern ausdrücklich den Besuch einer Sonderschule für ihr Kind. Er vermutet, dass Eltern betroffener Kinder nun keine Sorge mehr haben müssten, dass ihr Kind gezwungen werde, eine Sonderschule zu besuchen.

Es heißt immer wieder, dass Eltern dazu gedrängt werden, ihre Kinder

inklusive zu beschulen und ihr Kind nicht auf der Förderschule anzumelden. Ist an diesem Gerücht etwas dran?

Das habe ich gehört und von Eltern auch bestätigt bekommen. Inwieweit man diesen Vorgang verallgemeinern kann, vermag ich nicht zu sagen. Tatsache ist aber, dass schon zu meiner Zeit auf eine möglichst niedrige Überweisungsquote geachtet wurde und Schulen gerügt wurden, die über eine gewisse Aufnahmezahl hinaus kamen. Hintergrund war eine Verfügung aus dem Jahre 2004, nach der nur 4,2 Prozent der vollzeitpflichtigen Schüler im Alter von sechs bis unter 15 Jahren an Schülern an der FÖS sein darf. Dabei war Inklusion damals noch kein solches Thema.

Welche Folgen hat es, wenn diese Quote überschritten wird?

Wenn es mehr Schüler sind, ist dies Sache der Schule, sprich: Die Schule bekommt deswegen nicht mehr Lehrerstunden. In der Praxis wurde diese Vorgabe über Differenzierungskontingente zum Glück flexibel gehandhabt, führte aber dennoch zu seltsamen Zuständen in manchen Regionen: Überversorgung auf der einen und Unterversorgung auf der anderen Seite. Bezeichnend für die derzeitige Schulpolitik ist aus meiner Sicht die unsägliche und nicht enden wollende Diskussion um die Zukunft der Buchauer FÖS trotz stabiler Schülerzahlen und großem Einsatz der Eltern für deren Erhalt. Zunächst werden Bedingungen für den Erhalt formuliert, wenn sich herausstellt, dass diese erfüllt sind, wird dennoch die Zukunft der Schule weiterhin in Frage gestellt.

Werden Förderschulen personell ausgeblutet?

Der Begriff der Ausblutung ist damit sehr treffend gewählt. Besonders tragisch ist, dass Kinder mit besonderem Förderbedarf damit schlechter versorgt sind als vor der Stärkung des Elternwahlrechts bzw. der UN-Behindertenrechtskonvention. Die Existenz der Förderschulen dürfte derzeit aber kein Thema mehr sein. Es geht in erster Linie um die Frage der Qualität. Diese stellt sich an Förderschulen und in der Inklusion gleichermaßen.

Inklusion bedingt, differenziertes Lernen, das heißt, dass jedes Kind nach seinen Fähigkeiten gefördert wird. Das ist doch gut!

Zugegeben: Für Eltern klingt dies vielversprechend, entpuppt sich aber schnell als Seifenblase. Es ist fürwahr keine neue Erkenntnis, dass das wichtigste Medium im Unterricht die Persönlichkeit des Lehrers ist. Diese wird aber im Lernkonzept von Gemeinschaftsschulen durch den Anspruch des selbsttätigen Lernens zunehmend ausgeklammert. Auch möchte nicht jedes Kind für sich allein lernen. Lernen ist als sozialer Vorgang sehr effektiv. Gerade Kinder mit Anspruch auf sonderpädagogische Förderung benötigen eine besonders intensive Zuwendung des Lehrers. Fragen Sie sich doch mal ganz ehrlich selbst: Hätten Sie eigenverantwortlich mit einem Erwachsenen als Coach gelernt? Frontalunterricht als ein Element von verschiedenen Unterrichtsformen ist sehr viel besser als sein Ruf. Der Zeitgeist schlägt hier zu sehr in eine Richtung aus. Es ist zu hoffen, dass sich dies

wieder vernünftig einpendelt.

Gibt es noch genügend Nachwuchs bei den Sonderpädagogen oder gibt es auch dort einen Personal-mangel?

Ich kenne Beispiele von jungen Leuten mit Interesse an einem Spöpadstudium, die dieses aber angesichts der unsicheren Situation und der stark veränderten Bedingungen wieder verlieren. Sie sehen Sonderschullehrer, die wie fahrende Ritter an verschiedensten Schulen Kinder in Einzelinklusionen betreuen und für die die pädagogische Arbeit plötzlich zum Tropfen auf den heißen Stein mutiert. Das kann weder für Lehrer noch für Kinder befriedigend sein, abgesehen davon, dass diese Lehrer auf den wichtigen Erfahrungsaustausch mit einem fest verorteten Kollegium verzichten müssen und damit ein sehr wichtiger Kompetenzbaustein verloren geht.

Berufsbilder verändern sich...

Darüber hinaus wird dieser Fördertourismus für die Kolleginnen und Kollegen zum Problem. Sie können ihre Wirkung so nicht entfalten, weshalb diese Vorgehensweise auch „Sonderpädagogik light“ genannt wird. Auf qualifizierten Nachwuchs kann aber nicht verzichtet werden. Fortbildungen für Regelschullehrer können kein Studium der Sonderpädagogik ersetzen. Ich zitiere den ehemaligen Kultusminister Stoch im September 2015 in den Stuttgarter Nachrichten: „Nicht die Höhe der Inklusionsquote ist vorrangig, sondern die Qualität des Unterrichts und die Zufriedenheit der Beteiligten.“ Und weiter: „Sonderschulpädagogen sind derzeit so schwer zu finden wie Trüffel.“ Daran hat sich nichts geändert.

Wie sollte Inklusion aus Ihrer Sicht angegangen werden?

Nimmt man das Wahlrecht der Eltern ernst, muss es zwei gleichberechtigte Wege geben. Gabe es nur noch die Inklusion, wäre das Wahlrecht obsolet. Durch das Wahlrecht entsteht natürlich ein erhöhter Lehrerberuf, der Kosten verursacht. Setzt man auf die

„Es stecken also ganz schlicht und ernüchternd Sparmaßnahmen hinter dem Konzept.“

Dr. Franz Schrodi

finanziell günstigere Variante, nämlich einer einseitigen Forcierung der Inklusion, wäre das kein Fortschritt im Behindertenrecht, sondern ein Rückschritt, hinter dem sich knallharte Sparmaßnahmen verstecken. Ein sinnvolles und gleichzeitig bezahlbares Konzept für Inklusion zu entwickeln, dürfte viele Jahre dauern. Wie Inklusion zukünftig aussehen wird, ist von vielen Faktoren abhängig. Mit Sicherheit spielt auch die Integration der vielen Flüchtlinge dabei eine Rolle. Damit sind zusätzliche finanzielle und pädagogische Herausforderungen und ein erhöhter Lehrerberuf entstanden, mit denen man in diesem Ausmaß wohl nicht gerecht net hat.



Dr. Franz Schrodi

FOTO: PRIVAT

Hintergrund

„Inklusion“ bedeutet Einbeziehung, Einschluss, Dazugehörigkeit. Im schulischen Kontext wird unter Inklusion die gleichberechtigte Teilnahme von Kindern mit Behinderungen am Unterricht in allgemeinen Schulen und in Kindergärten verstanden. 2007 hat die Bundesrepublik Deutschland die UN-Behindertenrechte-Konvention unterzeichnet. In Artikel 24 verpflichten sich die Vertragsstaaten zu einem integrativen Bildungssystem auf allen Ebenen. „Alle Menschen weltweit sollen Zugang zu qualitativ hochwertiger Bildung erhalten. Jeder muss in die Lage versetzt werden, seine Potenziale entfalten zu können. Dieser Anspruch ist universal und gilt unabhängig von Geschlecht, sozialen und ökonomischen Voraussetzungen oder besonderen Lernbedürfnissen eines Menschen. Der Begriff der Inklusion steht für genau diese Vision.“ So fasste 2009 die deutsche Unesco-Kommission das Konzept zusammen. (sz)

Das schreibt das Kultusministerium zu Inklusion und Zukunft der Förderschulen

Auf ihrer Homepage nimmt das Kultusministerium zum Thema Inklusion und zur Zukunft der Förderschulen wie folgt Stellung:

Die Landesregierung setzt auf gruppenbezogene Lösungen. Was heißt das konkret?

Die Ergebnisse des Schulversuchs haben gezeigt, dass inklusive Bildungsangebote am besten über gruppenbezogene Angebote erreicht werden können. In dieser Organisationsform gelingt es am besten, die Interessen und Bedürfnisse dieser Schülerinnen und Schüler zu berücksichtigen und die hierfür notwendigen sonderpädagogischen Ressourcen in entsprechendem Umfang zur Verfügung zu stellen.

Können Eltern eine ganz bestimmte Schule für ihr Kind mit Behinderung wählen?

Eltern von Kindern mit einem festgestellten Anspruch auf ein sonderpädagogisches Bildungsangebot können sich zwischen einem inklusiven Bildungsangebot an der allgemeinen Schule oder dem Bildungsangebot an einem Sonderpädagogischen Bildungs- und Beratungszentrum entscheiden, das auch in privater Trägerschaft stehen kann. Eine bestimmte Schule oder Schulart kann dabei nicht gewählt werden.

Was soll nach den Planungen des Kultusministeriums mit den bisherigen Sonderschulen geschehen und welche Aufgaben sollen die zukünftigen Sonderpädagogischen

Bildungs- und Beratungszentren haben?

Mit dem Ausbau inklusiver Bildungsangebote ist ein Auftrag zur Weiterentwicklung für die Sonderschulen verbunden, der auch in der neuen Schulartbezeichnung „Sonderpädagogisches Bildungs- und Beratungszentrum“ zum Ausdruck kommt. Sonderpädagogische Bildungs- und Beratungszentren (SBBZ) bauen ihre Beratungs- und Unterstützungsleistungen im Bereich der frühkindlichen Bildung, der schulischen Bildung und an der Schnittstelle zur beruflichen Bildung aus und beteiligen sich an der Entwicklung entsprechender Angebote bzw. Angebotsstrukturen in einer Region. Gleichzeitig halten sie eigene Bildungsangebote vor, um den Erziehungsberechtigten eine

Wahlmöglichkeit geben zu können. Raumstrukturbestimmungen sind dabei sicherzustellen, dass die Bildungsangebote – unabhängig vom Lernort – qualitativ vergleichbar sind. Dies bedeutet, dass sich die Sonderpädagogischen Bildungs- und Beratungszentren über die verschiedenen Förderschwerpunkte hinweg abstimmen, um bedarfsbezogen inklusive Bildungsangebote unterstützen zu können. Gemeinsame Angebote von Sonderpädagogischen Bildungs- und Beratungszentren und beruflichen Schulen, die bislang als Schulversuche geführt wurden, sowie die bisherigen Außenklassen sind als kooperative Organisationsform schulgesetzlich verankerter Baustein der Arbeit Sonderpädagogischer Bildungs- und Beratungszentren. (sz)